AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2025

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen ... 1

EU-Rat und EU-Parlament einigen sich auf Verkaufsverbot für Spielzeug mit PFAS-Schadstoffen ... 1

EU-Kommission: Konsultationen zu Haushalt, LGBTIQ, Antirassismus, Cybersicherheit, KI, Demokratie ... 1

EU-Kommission analysiert soziale Konvergenz in 10 Mitgliedstaaten ... 1

Europäische Pflegepolitik: Exekutivvizepräsidentin Mînzatu antwortet dem EU-Parlament ... 2

Nachrichten aus den europäischen Staaten ... 2

Frankreich: Kindersterblichkeit deutlich gestiegen ... 2

Schweden: Regierung will Tests auf Jungfräulichkeit verbieten ... 2

Schweiz: Volksinitiative zur Einführung einer Familienzeit von je 18 Wochen für Mütter und Väter ... 3

Schweiz: Beratungsangebot für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern verbessert ... 3

Ungarn: Umstrittene Grundgesetzänderung zu den Kinderrechten ... 3

Vereinigtes Königreich: Urteil zum biologischen vs. sozialen Geschlecht ... 3

Tschechien legt Umsetzungsbericht zur Europäischen Garantie für Kinder vor ... 4

Weitere Nachrichten ... 4

UN-Menschenrechtsrat beginnt Ausarbeitung einer UN-Konvention zum Schutz von älteren Menschen ... 4

UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes: Konsultation zum Recht des Kindes auf Zugang zur Justiz ... 4

EU Alliance for Investing in Children zur Garantie für Kinder, Strategie gegen Armut und zum Haushalt ... 4

Kinderschutz in Risikobewertungsberichten der Online-Plattformen (DSA) ... 5

Petition gegen ein Zurückziehen der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie ... 5

Kurznachrichten: Hotel Mama, Kinder von Alleinerziehenden, Liste für gefährliches Spielzeug ... 5

Berichte und Studien ... 5

rEUsilience: Arbeitspapier über politische Prioritäten für die Resilienz von Familien ... 5

ECAT: Wie wirken sich Online-Plattformen auf die Gesundheit von Minderjährigen aus? ... 6

OECD: Städte für jedes Alter gestalten ... 6

Eurostat: Neue Daten zeigen einen Anstieg der Zahl der Opfer von Menschenhandel in der EU ... 6

ETUI und OSE: Bericht zum aktuellen Stand der europäischen Sozialpolitik ... 6

UNICEF u. a. weisen auf Not von Kindern im Gazastreifen hin ... 7

OECD, UNICEF: Kinder leiden unter erstem Rückgang der weltweiten Entwicklungshilfe seit 5 Jahren ... 7

Bevorstehende Veranstaltungen ... 7

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Rat und EU-Parlament einigen sich auf Verkaufsverbot für Spielzeug mit PFAS-Schadstoffen

Nach einer Einigung zwischen dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament soll künftig ein Verkaufsverbot für Spielzeug gelten, das gesundheitsschädliche Stoffe enthält. Es zielt unter anderem auf sogenannte Ewigkeitschemikalien (PFAS, s. AGF-EuropaNews 1/24) sowie hormonverändernde und krebserregende Stoffe ab und gilt für in der EU hergestellte Produkte sowie Importe. Die Einigung bedarf noch der Bestätigung von Parlament und Rat.

- EU-Parlament: Toy safety: deal on new measures to protect children's health
- EU-Rat: Sicheres Kinderspielzeug: Rat und Parlament einig über neue Vorschriften

EU-Kommission: Konsultationen zu Haushalt, LGBTIQ, Antirassismus, Cybersicherheit, KI, Demokratie

Die Europäische Kommission hat mehrere öffentliche Online-Konsultationen begonnen. So lädt sie für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU alle Europäer:innen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft ein, sich bis zum 7. Mai zum nächsten Haushaltsplan und den darin zu unterstützenden Maßnahmen zu äußern.

In einer weiteren Konsultation geht es um die zu erneuernde Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheiten, denen LGBTIQ-Personen ausgesetzt sind. Die Initiative soll auf der Strategie zur Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 aufbauen.

Auch die Gestaltung der neuen EU-Antirassismusstrategie 2026-2030 ist das Thema einer Konsultation.

Zur Überarbeitung und Bewertung des seit 2019 geltenden Cybersecurity Acts haben Interessenvertreter:innen ebenfalls die Möglichkeit, ihre Meinung abzugeben. Die Bewertung und Überarbeitung des Rechtsakts bezieht sich auch auf das Mandat der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA). Das Ziel der Kommission ist es, neben einer Vereinfachung der Prozesse, die Resilienz der EU im Bereich der Cybersicherheit zu stärken.

Ebenso hat die Kommission eine Konsultation zu Vorschriften für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck begonnen. Die Leitlinien sollen nicht verbindlich sein, sondern klarstellen, wie die Kommission die KI-Vorschriften im Rahmen des KI-Gesetzes auslegen und anwenden werde.

Nicht zuletzt geht es in einer weiteren Konsultation um die politische Teilhabe selbst: Wie kann Demokratie in der EU besser gestärkt und gefördert werden?

- EU-Kommission: Konsultation zum mehrjährigen Finanzrahmen
- EU-Kommission: Konsultation zur LGBTIQ-Gleichheitsstrategie
- EU-Kommission: Konsultation zur Antirassismus-Strategie
- EU-Kommission: Konsultation "Wie kann sich die EU besser gegen Cyberbedrohungen rüsten?"
- EU-Kommission: Konsultation zu Vorschriften für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck
- EU-Kommission: Konsultation "Wie kann Demokratie in der EU besser gestärkt und gefördert werden?"

EU-Kommission analysiert soziale Konvergenz in 10 Mitgliedstaaten

Die Europäische Kommission hat die zweite Stufe der Länderanalyse des Rahmenkonzepts für soziale Konvergenz für zehn EU-Mitgliedstaaten im Einklang mit den neuen EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung veröffentlicht. Der Bericht ist Teil des Europäischen Semesters. Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf zehn

Mitgliedstaaten, bei denen im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2025 festgestellt wurde, dass sie potentielle Risiken für die soziale Konvergenz aufweisen. Diese Länder sind Bulgarien, Estland, Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien, Litauen, Luxemburg, Ungarn und Rumänien. Insgesamt zeigt die Analyse folgendes auf: Der Bereich der sozialen Eingliederung erfordert besondere politische Aufmerksamkeit, insbesondere im Hinblick auf die Einkommensungleichheit und denjenigen Anteil der Bevölkerung, der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen ist. Weitere Beachtung sei im Bereich Bildung und Qualifikation sowie bei der Integration von Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt noch unterrepräsentiert sind, geboten.

- Commission analyses social convergence in 10 EU countries

Europäische Pflegepolitik: Exekutivvizepräsidentin Mînzatu antwortet dem EU-Parlament

Die Exekutivvizepräsidentin der Europäischen Kommission Roxana Mînzatu hat kürzlich auf eine schriftliche Anfrage des Europäischen Parlaments geantwortet, in der es darum ging, wie die EU angesichts der alternden Bevölkerung und der enormen Belastung der informellen Pflegekräfte dem wachsenden Bedarf an Langzeitpflege begegnet. In der Antwort skizzierte Mînzatu den umfassenden politischen Rahmen der EU, einschließlich der Europäischen Pflege- und Betreuungsstrategie sowie der Empfehlung des Rates über den Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege. Darüber hinaus heißt es, dass die geplanten sozialpolitischen Initiativen zu diesem Ziel beitragen und die Langzeitpflegesysteme stärken werden: der Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze, der Aktionsplan für die soziale Säule und die Strategie zur Armutsbekämpfung sowie die kürzlich durchgeführten Initiativen, wie die Union der Kompetenzen.

- EU-Parlament: Answer given by Executive Vice-President Mînzatu

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Kindersterblichkeit deutlich gestiegen

Frankreich war einst bei der Überlebensrate von Kindern vorbildlich und ist nun auf die letzte Stelle in Westeuropa gesunken. Laut Eurostat sterben 4,1 Promille der Kinder, d. h. 2.800 pro Jahr, innerhalb des ersten Lebensjahres, 70 % davon auf der Entbindungsstation. Eine Analyse weist hierzu auf die Schließung von drei Vierteln der Entbindungsstationen in den letzten Jahrzehnten hin (von 1369 Stationen im Jahr 1975 auf 457 im Jahr 2019). Ziel der Umstrukturierung war es, Frauen in den Wehen auf größere und spezialisiertere Stationen zu verlegen, die im Falle von Komplikationen besser reagieren können. Doch diese Entscheidung, die in den ersten Jahren gut funktionierte, führe nun zu ernsten Problemen: eine Überlastung der Geburtshäuser sowie eine Vergrößerung der Entfernungen in Kilometern zwischen den Wohnungen der Patientinnen und den Geburtsstationen (eine mehr als 45-minütige Fahrt zum Krankenhaus verdoppele das Risiko einer Totgeburt).

Schweden: Regierung will Tests auf Jungfräulichkeit verbieten

Die regierende Koalition hat sich darauf geeinigt, so genannte Jungfräulichkeitstests, -operationen und -zertifikate in einem neuen Gesetz unter Strafe zu stellen. Es handele sich um invasive Eingriffe, die oft unter starkem Druck durchgeführt würden und grundlegende schwedische Prinzipien der persönlichen Integrität und der Gleichberechtigung der Geschlechter verletzten. Nach dem vorgeschlagenen Gesetz würde die Durchführung eines Jungfräulichkeitstests oder eines entsprechenden chirurgischen Eingriffs mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft,

während die Ausstellung eines Jungfräulichkeitszeugnisses mit Geldstrafen oder bis zu sechs Monaten Gefängnis geahndet werden könnte – auch wenn die Frau oder das Mädchen zugestimmt hat.

Schweiz: Volksinitiative zur Einführung einer Familienzeit von je 18 Wochen für Mütter und Väter

26 zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien haben in einer gemeinsamen Allianz eine Volksinitiative gestartet, mit der eine Familienzeit von 18 Wochen für Mütter und 18 Wochen für Väter eingeführt werden soll. Ein Viertel dieser Zeit soll überlappen dürfen, drei Viertel wären nicht übertragbar. Mit der Initiative soll die bisherige Regelung mit 14 Wochen Mutterschutz und 2 Wochen Vaterschaftsabsenz abgelöst werden. Für niedrige Löhne ist eine 100%ige Entschädigung vorgesehen. Die Initiative zielt auf ein neues Generationenwerk, in dem Eltern für ihre Kinder da sein können, ohne ihr Einkommen und ihre Rente zu verlieren. Die erforderliche Unterschriftensammlung wurde nun begonnen. Werden 100.000 gültige Unterschriften erreicht, so muss im Kabinett und im Parlament über die Initiative beraten und ein Beschluss gefasst werden. Hierbei kann auch ein Gegenentwurf verabschiedet werden. Die letzte Entscheidung obliegt jedoch einer Volksabstimmung.

Schweiz: Beratungsangebot für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern verbessert

Laut einem Bericht des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) leisten spezialisierte und einfach zugängliche Beratungs- und Therapieangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern einen wichtigen Beitrag zum Schutz der sexuellen Integrität von Kindern und Jugendlichen. Personen mit sexuellen Interessen an Kindern stünden oft unter einer hohen psychischen Belastung. Auch wenn sie ihrer sexuellen Neigung nicht nachgeben, seien sie häufig mit psychischen Problemen und sozialer Isolation konfrontiert. Damit verbunden steige das Risiko für sexuelle Handlungen an Kindern, die bei den betroffenen Kindern immenses Leid verursachen. Das dagegen gerichtete Präventionsangebot der Beratung habe sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Es bestünden jedoch nach wie vor regionale Lücken.

Ungarn: Umstrittene Grundgesetzänderung zu den Kinderrechten

Die ungarische Regierung plant eine Änderung von Artikel XVI des ungarischen Grundgesetzes. Mit ihr würde das dort verankerte Recht der Kinder auf Schutz und Fürsorge dergestalt ergänzt werden, dass der Schutz dieses Rechts von Kindern „und ihr Recht auf eine ihrem Geschlecht bei der Geburt entsprechende Identität ein Grundrecht ist, das im Vergleich zu anderen durch das Grundgesetz garantierten Grundrechten – mit Ausnahme des Rechts auf Leben – von überragender Bedeutung ist und als solches einen angemessenen Schutz genießt". Die Änderung ist sehr umstritten, denn Kritikern wie der Ungarischen Koalition für Kinderrechte zufolge gibt sie dem Kinderschutz Vorrang vor fast allen anderen Grundrechten. Dies könnte es der ungarischen Regierung ermöglichen, die Rechte von Kindern, Eltern und anderen Personen ohne klare rechtliche Absicherung einzuschränken. Die weit gefasste Formulierung des Änderungsantrags könnte eine übermäßige Kontrolle durch die Regierung ermöglichen, selbst bei Angelegenheiten wie Erziehungsentscheidungen der Eltern oder der freien Meinungsäußerung. Die Ungarische Koalition für Kinderrechte betont, dass echter Kinderschutz innerhalb eines klaren und ausgewogenen Rechtsrahmens und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit gewährleistet sein muss.

Vereinigtes Königreich: Urteil zum biologischen vs. sozialen Geschlecht

Wenn es um die Gleichstellung von Männern und Frauen geht, dann zählt in Großbritannien das biologische, nicht das soziale Geschlecht. So hat es das oberste Gericht des Landes entschieden. Das Urteil betrifft zum Beispiel die Frage, ob Transfrauen bei Frauenquoten als Frauen gezählt werden und inwieweit sie Zugang zu Frauenhäusern

und Damenumkleiden haben. Das Gericht betonte jedoch, das Urteil bedeute nicht, dass Transmenschen nicht umfassend vor frauenfeindlicher Diskriminierung geschützt wären.

Tschechien legt Umsetzungsbericht zur Europäischen Garantie für Kinder vor

Mit der Tschechischen Republik haben nunmehr 25 Mitgliedstaaten den Fortschrittsbericht zu ihrem Nationalen Aktionsplan für die Europäische Garantie für Kinder eingereicht (s. zuletzt AGF-EuropaNews 3/25). Es fehlen noch Lettland und Luxemburg.

- EU-Kommission: National action plans and progress reports

Weitere Nachrichten

UN-Menschenrechtsrat beginnt Ausarbeitung einer UN-Konvention zum Schutz von älteren Menschen

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat entschieden, dass ein Entwurf für eine UN-Konvention zum Schutz der Menschenrechte älterer Personen ausgearbeitet werden soll. Dazu wird eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe eingerichtet, die den Vertragstext erarbeitet. Obwohl die Menschenrechte universell gelten, zeigen zahlreiche Berichte und Studien, dass ältere Menschen weltweit in vielen Bereichen benachteiligt werden. Eine UN-Altenrechtskonvention soll dazu beitragen, bestehende Schutzlücken zu schließen, indem sie Staaten weltweit zu konkreten Maßnahmen verpflichtet (s. zuletzt AGF-EuropaNews 2/25).

- UNHRC: Working group for a legally binding instrument on the human rights of older persons

UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes: Konsultation zum Recht des Kindes auf Zugang zur Justiz

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat beschlossen, zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes eine allgemeine Bemerkung Nr. 27 zu verfassen. Diese soll die Rechte des Kindes auf Zugang zur Justiz sowie wirksame Rechtsmittel erläutern und den Vertragsstaaten diesbezügliche Informationen und Hinweise zur Verfügung stellen. Der UN-Ausschuss bittet alle interessierten Akteure um Beiträge zum Entwurf dieser allgemeinen Bemerkung.

- UN OHCHR: Call for submissions on the draft of general comment No. 27

EU Alliance for Investing in Children zur Garantie für Kinder, Strategie gegen Armut und zum Haushalt

Die EU-Allianz für Investitionen in Kinder hat zentrale Empfehlungen zur Europäischen Garantie für Kinder, zum Aktionsplan der Europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR), zur EU-Strategie zur Armutsbekämpfung und zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) formuliert. Die Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder sei von entscheidender Bedeutung, um ihren anhaltenden Erfolg bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen für Kinder in prekären Situationen zu gewährleisten. Darüber hinaus müssten die bevorstehende Überarbeitung des Aktionsplans der Europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR) und die neue EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut die Armut von Kindern und Familien in den Mittelpunkt der europäischen Sozialagenda stellen. Politische Maßnahmen allein reichten nicht aus; eine angemessene Finanzierung sei unerlässlich.

- EU Alliance for Investing in Children: Recommendations

Kinderschutz in Risikobewertungsberichten der Online-Plattformen (DSA)

Sehr große Online-Plattformen – mit mehr als 45 Millionen monatlichen Nutzer:innen in der EU – müssen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) jährlich einen Bericht vorlegen, in dem sie die von ihrer Plattform ausgehenden Risiken für die Nutzer:innen und die ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Risiken bewerten. Die Plattformen haben ihre ersten Risikobewertungsberichte veröffentlicht. Eurochild hat die Berichte von sechs Plattformen (Facebook, Instagram, Snapchat, TikTok, X und YouTube), die häufig von Kindern genutzt werden, analysiert und folgert, dass die Rechte von Kindern keine zentrale Rolle spielen. Entscheidende Risiken, denen Kinder online ausgesetzt sind, würden in den Berichten nur unzureichend behandelt, wie Cybermobbing und Kontaktrisiken – Grooming, sexuelle Erpressung, Betrug usw. So stufe z.B. TikTok das Risiko von weitverbreitetem Material über sexuellen Kindesmissbrauch (CSAM) als „unwahrscheinlich" ein, obwohl es dem Nationalen Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder 2023 mehr als 850.000 mutmaßliche CSAM-Inhalte meldete.

Petition gegen ein Zurückziehen der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie

Die Europäische Kommission erwägt, den Entwurf der Antidiskriminierungsrichtlinie zurückzuziehen (s. AGF-EuropaNews 2/25). Dagegen haben verschiedene Organisationen eine Petition gestartet. Der Aufruf kommt unter anderem von AGE Platform Europe. 2008 hatte die Kommission eine allgemeine Gleichbehandlungsrichtlinie vorgeschlagen, die Menschen EU-weit beispielsweise davor schützen soll, wegen Behinderung oder Alter diskriminiert zu werden, auch außerhalb des Arbeitsplatzes. Da nicht alle EU-Staaten zustimmten – darunter Deutschland –, war die Initiative blockiert. Nun will die Kommission den Vorschlag endgültig zurückziehen. Dagegen richtet sich die Petition, die bereits über 20.000 Personen unterschrieben haben.

- Petition: Stoppt den Verrat an Antidiskriminierungsversprechen

Kurznachrichten: Hotel Mama, Kinder von Alleinerziehenden, Liste für gefährliches Spielzeug

- Eurostat: 30 % der Europäer:innen zwischen 25 und 34 Jahren leben noch (oder wieder) bei ihren Eltern.
- COFACE: ein Vergleich der Ausrichtung bestehender jugendpolitischer Maßnahmen auf die Bedürfnisse junger Menschen aus Einelternfamilien in Serbien, Bosnien und Herzegowina und Nordmazedonien
- Safety Gate 2024: Liste gefährlicher Produkte (inkl. Spielzeug) für mehr Verbraucher- und Kinderschutz

Berichte und Studien

rEUsilience: Arbeitspapier über politische Prioritäten für die Resilienz von Familien

Ein neues Arbeitspapier des Forschungsprojekts rEUsilience befasst sich mit der Frage, wie die Politik auf EU- und nationaler Ebene die Resilienz von Familien durch praktische und forschungsgestützte Reformen besser unterstützen kann. Das Papier schlägt einen neuen konzeptionellen Rahmen vor und überprüft die bestehenden politischen Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene. Ziel war es, die Grundlage für 15 politische Grundsätze zu schaffen, die eine integrativere, flexiblere und komplementäre Unterstützung für Familien ermöglichen. Drei wichtige EU-Initiativen werden in dem Papier bewertet: die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Europäische Garantie für Kinder und die Europäische Pflege- und Betreuungsstrategie. Die Analyse zeigt, dass diese Politiken nach wie vor Lücken und Unflexibilitäten aufweisen, wenn es darum geht, wie sie auf die realen Bedürfnisse von Familien reagieren. Die 15 vorgeschlagenen Grundsätze betreffen die Bereiche bessere

Einkommensunterstützung für Familien mit Kindern, Schließung der Kinderbetreuungslücke und die Einführung umfassender Unterstützungsdienste für Familien.

- rEUsilience: Policy Priorities for Family Resilience

ECAT: Wie wirken sich Online-Plattformen auf die Gesundheit von Minderjährigen aus?

Das Europäische Zentrum für Algorithmische Transparenz (ECAT), das der EU-Kommission untersteht, veranstaltete zu den Auswirkungen von Online-Plattformen im Herbst 2024 zwei Online-Rundtischgespräche, deren nun erschienene Zusammenfassung sich mit Depressionen und Angstzuständen, Selbstverletzungen, dem Körperbild und Essstörungen, der problematischen Nutzung sozialer Medien, dem Sehvermögen, der Gehirnentwicklung, dem Alkoholmissbrauch und dem Schlaf befasst. Sie enthält auch Empfehlungen, die die Expert:innen an die Online-Plattformen, politische Entscheidungsträger:innen, Eltern und Erzieher:innen gerichtet haben.

- ECAT: Minors' health and social media – an interdisciplinary scientific perspective

OECD: Städte für jedes Alter gestalten

Der Bericht zu Städten für alle Altersgruppen untersucht, was lokale und nationale Regierungen tun können, damit Städte für alle Generationen funktionieren. Hintergrund sei, dass der Anteil älterer Menschen in den Städten der OECD schnell zunehme, viele Großstädte weiter wüchsen und junge Menschen anziehen. Der Bericht betont, dass die Städte ohne eine altersgerechte Politik erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgen riskieren, die von schlechteren Gesundheitszuständen und stärkerer Isolation bis hin zum Verlust von Arbeitskräften, höheren öffentlichen Ausgaben und Abwanderung reichen.

- OECD: Cities for All Ages

Eurostat: Neue Daten zeigen einen Anstieg der Zahl der Opfer von Menschenhandel in der EU

Daten von Eurostat zeigen, dass im Jahr 2023 in der Europäischen Union 10.793 Opfer von Menschenhandel registriert wurden. Das ist ein Anstieg von 6,9 % im Vergleich zu 2022 und die höchste Zahl, die seit 2008 verzeichnet wurde. Eurostat vermutet, dass der Anstieg zum Teil darauf zurückzuführen sein könnte, dass die Behörden und Agenturen der Aufdeckung und Identifizierung von Menschenhandel mehr Aufmerksamkeit schenken. Viele weitere Opfer bleiben jedoch unentdeckt. Etwa 63 % der registrierten Opfer von Menschenhandel in der EU im Jahr 2023 waren Frauen oder Mädchen. Der Anteil der Kinder an den registrierten Opfern des Menschenhandels betrug 13 %, ein Rückgang von 6 % gegenüber dem Vorjahr.

- EU-Kommission: New data indicates an increase of victims of trafficking in human beings in the EU

ETUI und OSE: Bericht zum aktuellen Stand der europäischen Sozialpolitik

Das European Trade Union Institute (ETUI) und das European Social Observatory (OSE) haben einen Bericht zur Zukunft des sozialen Europas veröffentlicht. Der Bericht beleuchtet den Stand der europäischen Sozialpolitik und betrachtet ihn vor dem Hintergrund eines dort identifizierten Prioritätenwechsels der Europäischen Kommission. Dabei werde deutlich, dass die Kommission ihren Fokus zunehmend auf Themen wie Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit richte – während der Schutz sozialer Rechte an Bedeutung verliere. Vor diesem Hintergrund wirft der Bericht einen kritischen Blick auf die sich wandelnde Rolle der Sozialpolitik innerhalb Europas.

- ETUI und OSE: Social policy in the European Union: state of play 2024

UNICEF u. a. weisen auf Not von Kindern im Gazastreifen hin

UNICEF, WHO, das World Food Programme und vier weitere UN-Agenturen, die EU-Kommissarin für Krisenmanagement, Hadja Lahbib, sowie die Außenminister:innen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben darauf hingewiesen, dass seit dem 2. März 2025 keine humanitäre Hilfe mehr in den Gazastreifen hineingelassen wird und die Vorräte des World Food Programme aufgebraucht seien. Die Zivilbevölkerung – darunter eine Million Kinder – sei unmittelbar von Hunger, Epidemien und Tod bedroht.

- UNICEF, UNRWA, WFP, WHO, IOM et al.: World must act with urgency to save Palestinians in Gaza

OECD, UNICEF: Kinder leiden unter erstem Rückgang der weltweiten Entwicklungshilfe seit 5 Jahren

OECD und UNICEF machen darauf aufmerksam, dass 2024 – also noch vor dem Amtsantritt der neuen US-Administration – die Entwicklungshilfe global um real 7,1 % verringert worden sei. Dies liege an reduzierten Beiträgen an multilaterale Organisationen sowie an einem Rückgang der bilateralen Hilfe – einschließlich der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Ukraine, der humanitären Hilfe und der Kosten für Flüchtlinge, die von Geberländern getragen werden. Die humanitäre Hilfe sei sogar um 9,6 % zurückgegangen. Laut UNICEF mache dieser Rückgang erzielte Fortschritte bei der Gesundheit und Ernährung von Kindern zunichte. Lediglich vier Staaten erreichten oder übertrafen das UN-Ziel von 0,7 % des BIP: Dänemark, Luxemburg, Norwegen und Schweden.

- OECD: International aid falls in 2024 for first time in six years
- UNICEF: Foreign Aid Funding Cuts Harm the World's Children

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1.-31. Mai 2025	European Diversity Month: Promoting mental health and wellbeing at the workplace	EU
1. Mai 2025	Tag der Arbeit	
1. Mai 2025, Oxford und online	Trinity 2025 Seminar Series: Exploring Public Health within an Ageing Society	Oxford University, Oxford Institute Of Population Ageing
4.-10. Mai 2025	Europawoche: Tage der offenen Tür von EU-Parlament, Rat, Kommission etc.	EU
12.-18. Mai 2025	8th UN Global Road Safety Week (biennal)	WHO
13. Mai 2025, online	Demography, families and housing: how to best address a population's housing needs	Einstein Center Population Diversity (Population Europe)
13. Mai 2025, online	Inclusive Strategies for Children with Additional Needs in Childcare and Preschool Settings	Early Childhood Development Association of Malta (ECDAM)
13.-15. Mai 2025,	Europäisches Fachprogramm Europe@DJHT auf dem	Arbeitsgemeinschaft für

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
Leipzig	18. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT)	Kinder- und Jugendhilfe
15. Mai 2025	International Day of Families 2025: Family-Oriented Policies for Sustainable Development	UN
15. Mai 2025, Paris und online	How's Life for Children in the Digital Age?	OECD
16. Mai 2025, Paris und online	What works to stop violence against women?	OECD
21. Mai 2025, Cambridge	Centre for Child, Adolescent and Family Research Conference 2025 – Building Blocks of Development: Innovations in Science from Research to Practice	Centre for Child, Adolescent and Family Research, University of Cambridge
21. Mai 2025, Warschau	Equal at Home – Equal at Work; How to effectively support mothers and fathers in balancing family and work life?	COFACE
31. Mai 2025	World No Tobacco Day 2025 – Unmasking the Appeal	WHO
2. Juni 2025, online	Empowering children and youth from single and one-parent families in North Macedonia	COFACE
11. Juni 2025, online	The serious issue of Play – How to foster connections and well-being in an increasingly fragmented world	COFACE and Mattel
17.-19. Juni 2025, Bristol	First International Child and Family Conference	University of Bristol, UK
25.-27. Juni 2025, Madeira, Portugal	Families across Space and Time; XII Congress of the European Society on Family Relations	European Society on Family Relations (ESFR)
27.-29. August 2025, Mailand	ESPANET Annual Conference 2025: The Welfare State in the 21st Century – On the Edge of a New Era or Back to Basics?	ESPAnet (European Social Policy Analysis Network, University of Milan)
25.-26. September 2025, Brüssel	Breaking Silos, Building Futures: Policy Innovations for Integrated Family and Child Support	COFACE Families Europe and the Odisee Centre for Family Studies

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive

Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend